

Verkehrswende.at - Fragenkatalog

anlässlich der Nationalratswahl 2024

Aus Liebe zum Leben gilt es, die Möglichkeiten von Politik und Zivilgesellschaft zu bündeln, um Fehlentwicklungen der Vergangenheit verstehen, eindämmen und letztlich überwinden zu können.

Seit Beantwortung des Verkehrswende-Fragenkatalogs anlässlich der Nationalratswahl von 2019 (siehe <https://www.verkehrswende.at/antworten-der-politik/>) hat sich viel bewegt.

Einschneidende Ereignisse haben uns auch in Österreich vor unerwartete Herausforderungen gestellt und gleichzeitig den Erkenntnisgewinn für Wirtschaft, Politik und Wissenschaft und in der Bevölkerung zügig vorangebracht. Dieser veranlasst jeden und jede von uns, weiter dazulernen und bequeme ausgetretene Pfade zu verlassen. In besonderer Weise trifft dies auf den Verkehrssektor zu.

Wir bedanken uns bei der Politik für das aufeinander Zugehen und das gemeinsame Lernen betreffend die vielschichtigen Herausforderungen, vor die uns die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen und die Umsetzung einer Verkehrswende in Österreich stellt.

Nach diesen „Lessons learned“ freut es uns, Sie hiermit um Beantwortung des gegenüber 2019 grundlegend überarbeiteten und deutlich gestrafften Fragenkatalogs anlässlich der heurigen Nationalratswahl bitten zu dürfen.

Herzliche Grüße

Das Team von Verkehrswende.at

Kontakt

Verkehrswende.at | ZVR 1946764203

Saarstraße 1

3100 St. Pölten

info@verkehrswende.at

www.verkehrswende.at

Mobil: 0664 / 855 92 81

Gesamtverantwortung Infrastruktur – Umwelt – Klima

Die Zusammenführung der Verantwortlichkeiten zur Befriedigung von Mobilitätsbedürfnissen, der entsprechenden Verkehrsinfrastruktur und der Eindämmung der diesbezüglichen Auswirkungen auf Umwelt und Klima war ein zentraler erster Schritt, um ganzheitliche Lösungskonzepte im Verkehrssektor zu entwickeln und wesentliche Voraussetzungen zu schaffen, um Österreich auf Klimakurs zu bringen.

Frage 1: Wie werden Sie mit diesem zentralen Erbe der jetzigen Bundesregierung umgehen und welche weiteren Schritte planen Sie in der Ressortzuständigkeit, um eine Verkehrswende in Österreich zügig voranzubringen?

Die Schaffung eines Klimaministeriums war aus Sicht der KPÖ eine wichtige Maßnahme. Dieser Weg sollte fortgesetzt werden.

Kinderrechte und Generationengerechtigkeit

Die Folgen von Umweltzerstörung und Klimaerhitzung sind für jeden heute erwachsenen Menschen unübersehbar, und das sogar innerhalb der eigenen Lebenszeit.

Jede heute geplante Infrastruktur hat Auswirkungen auf Generationen und bewirkt schlimmstenfalls, dass Menschen schon in wenigen Jahrzehnten endgültig ihrer Lebensgrundlagen beraubt sein werden.

In heutigen Genehmigungsverfahren werden mit üblichen Planungshorizonten über wenige Jahre solche mittel- bis langfristigen Schadwirkungen ausgeblendet und bleiben daher weitgehend unberücksichtigt¹. Tatsächlich aber müsste bei jedem einzelnen Infrastrukturprojekt darauf geachtet werden, dass dieses auch über Generationen hinweg einen überwiegenden Nutzen zeitigt.

Frage 2: Wie stellen Sie sicher, dass Ihre Entscheidungen die Interessen heutiger Kinder und kommender Generationen wahren? Bitte gehen Sie dazu insbesondere auf Ihren Umgang mit jenen Infrastrukturprojekten ein, die sich in der aktuellen Legislaturperiode lt. erfolgter Evaluierung des Straßenbauprogramms² als nicht mehr zukunftsfähig erwiesen haben.

Neue Straßen schaffen mehr Verkehr. Auch wenn Autos, unabhängig vom Antrieb, nicht ganz aus unserem Leben verschwinden werden, so steht doch der Ausbau des öffentlichen Verkehrs und seiner Infrastruktur im Mittelpunkt unserer Politik. Die KPÖ wird sich daher bei Infrastrukturprojekten immer für einen Ausbau des Schienennetzes einsetzen. Dabei dürfen allerdings nicht nur die großen Fernverbindungen unterstützt werden, wichtig sind vor allem auch lokale Linien.

Menschliche Sicherheit und Gesundheit

In den vergangenen Jahrzehnten hat eine autozentrierte Siedlungsentwicklung vielerorts dazu geführt, dass der Stellenwert des Menschen hinter jenen des Automobils gerückt ist³.

¹ https://www.verkehrswende.at/wp-content/uploads/2024/04/medium_2024_01_Kinderrechte_und_Strassenbau.pdf

² <https://www.bmk.gv.at/themen/verkehr/strasse/infrastruktur/projekte/evaluierung.html>

³ <https://www.zeit.de/mobilitaet/2023-10/verkehrspolitik-kinder-eltern-autos-schulweg>

Im Kopf so mancher Menschen ist die Verlustangst um den Parkplatz vor der Haustüre teils immer noch größer als die Sorge um die Gesundheit und das Wohlbefinden für sich und ihre Mitmenschen. Für einen bloß vermeintlichen persönlichen Nutzen nehmen wir aber in Wirklichkeit in Kauf, selbst zu Gefährdeten und Geschädigten der Mentalität unserer automobilen Mitmenschen in der Nachbarschaft zu werden, die auf dieselben falschen Werbeversprechen einer Freiheit auf vier Rädern hereinfliegen.

Aktuelle Studien zeigen inzwischen einen alarmierenden Anstieg an Krebserkrankten bei den Jungen⁴. Schon heute sind in Österreich und Europa rund 10% aller Krebsfälle auf Umweltverschmutzung zurückzuführen⁵; allem voran steht hier die Kontaminierung unserer Atemluft und unserer Nahrungskette über Boden und Wasser durch Schadstoffemissionen aus dem motorisierten Straßenverkehr⁶.

Selbst ausgewiesene Fachleute warnen inzwischen sogar von einem Desaster, wenn sich die Faktenlage weiter verdichtet, wonach die massenweise aus dem motorisierten Straßenverkehr herrührenden Mikro- und Nanopartikel Krebs im menschlichen Körper begünstigen⁷.

Temporeduktion im motorisierten Straßenverkehr ist von der Unfallprävention bis zur Schadstoff- und Lärmentwicklung die wirksamste und kosteneffizienteste Einzelmaßnahme, um die Gesundheit und das Leben von Menschen zu schützen⁸.

Frage 3: Mit welchen politischen Mitteln werden Sie den Austrag von straßenverkehrsbedingten Abrieben eindämmen?

Wir sprechen uns für eine Herabsetzung des Tempolimits im Ortsgebiet auf 30 km/h sowie für ein niedrigeres Tempolimit auf der Autobahn aus. Beim Reifenabrieb müssen internationale Vorgaben für die Reifenhersteller eingeführt werden.

Außerdem setzen wir auf Vermeidung: Rascher Ausbau des Öffis und Aufbau eines dichten Netzes von Zubringerbussen zur Bahn. Des Weiteren regelmäßiges Angebot im Bus und Bahnverkehr auch in der Nacht und in der Freizeit, damit das eigene Auto weitgehend stehen bleiben kann. Gleichzeitig soll die Freifahrt mit den Öffis eingeführt werden. Das schafft zusätzlich gesellschaftspolitisch sinnvolle Arbeitsplätze in den Regionen.

Alltag der kurzen Wege und regionale Wertschöpfung

Attraktive weltverbundene Siedlungsräume mit vielfältigem Freizeitangebot und mit Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region sind das Fundament für sozialen Wohlstand und einen Alltag der kurzen Wege. Durch Schaffung und Sicherstellung von kurzen Lieferketten bis hin zur kleinräumigen Kreislaufwirtschaft entsteht eine resilientere Wirtschaft, von der wir alle profitieren.

⁴ <https://www.krone.at/3330759>

⁵ <https://www.eea.europa.eu/publications/environmental-burden-of-cancer/beating-cancer-the-role-of-europes>

⁶ <https://www.parlament.gv.at/GEGENTAND/XXVII/SBI/5215/>

⁷ <https://youtu.be/D88PDZmzrWg?si=cPZwDGLyjmZcojJA>

⁸ <https://www.openpetition.eu/!tslr>

Frage 4: Welche Maßnahmen planen Sie, um den Übergang von einem Alltag der langen Wege beim Güter- und Personenverkehr zu einem Alltag der kurzen Wege zu schaffen?

Wir schlagen folgende Punkte vor:

- Überarbeitung der Raumordnungsprogramme: Stichwort Belebung der Stadt- bzw. Ortszentren statt dem Supermarkt auf der grünen Wiese. Stichwort: Parkplätze aus den Stadt- bzw. Ortszentren weg an den Ortsrand zu verlegen, um Raum für Gestaltung zu gewinnen.
- Umwidmung eines fixen Anteils von Budgetmitteln für den Autostraßenbau zum Bau von durchgängigen Radstrecken und zur (Wieder)Herstellung von attraktiven Fußwegenetzen in den Städten, Orten.
- Fördergelder auf Bundes- und Landesebene festlegen, die einen Großteil der notwendigen Kosten für den Ausbau überregionaler Radwegenetze ausmachen. Gemeindefinanzen sind – neben der Sorge um Parkplätze, die verloren gehen – oft der Grund, warum Infrastruktur nicht geschaffen wird.
- Erarbeitung von Vorgaben zur Reduzierung der Straßenbreiten auch für übergeordnete Straßen.
Rechtlichen Rahmen schaffen, dass Radschnellverbindungen auf diesen Straßen errichtet werden können.
Bevorrangung von Radstrecken bei Neu- bzw. Umbauten
- legistische Maßnahmen zur Ermöglichung der leichteren Enteignung von Grundstücken zum Bau von Geh- und Radwegen

Vermeidung von Mobilitätsarmut

Menschen ohne eigenes Kraftfahrzeug oder ohne Führerschein werden v.a. im ländlichen Raum massiv diskriminiert, Abwanderung und Ortssterben sind die Folge.

Frage 5: Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um Mobilitätsarmut zu reduzieren und möglichst vielen Menschen insbesondere in infrastrukturschwachen Regionen ein weltverbundenes Leben ohne eigenes Kraftfahrzeug zu ermöglichen?

Wir wollen mittelfristig kostenlosen öffentlichen Verkehr für die Menschen, die in diesem Land leben. Weitere Maßnahmen sind zum Beispiel die Stärkung der Öffis vor allem in noch bestehenden zeitlichen Lücken und Wochenendlöchern und die Verbesserung der Zubringerbusse zur Bahn als Rückgrad um flächendeckend ohne Auto mobil sein zu können. Außerdem die Förderung der Sharingkultur durch ein österreichweites Radverleihsystem inkl. Lastenradverleih innerorts – neben einem Ausbau von Carsharing-Angeboten zum Beispiel an Bahnhöfen.

Rechtsstaatlichkeit in UVP-Verfahren

Der Schutz unserer Lebensgrundlagen kann nur durch Wahrung des Rechts auf wirksame Beschwerde gewährleistet werden.

In Österreich wird aber bis heute Projekten Umweltverträglichkeit bescheinigt, die dieses Attribut unter keinen Umständen verdienen⁹. Unzulänglichkeiten in den nationalen UVP-Verfahren haben mittlerweile dazu geführt, dass die EU gegen Österreich ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat¹⁰.

Frage 6: Wie werden Sie Rechtsstaatlichkeit und wirksamen Menschen- und Umweltschutz bei Infrastrukturprojekten sicherstellen, insbesondere auch in jenen Fällen, die offenbar Anlass für die EU waren, ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Österreich einzuleiten?

UVP-Verfahren müssen auch die langfristige Perspektive des Klima- und Umweltschutzes stärker einschließen. So kann es zum Beispiel möglich sein, dass ein Eisenbahnprojekt kurzfristig umweltschädlich ist, langfristig aber unsere Lebensgrundlagen durch klimafreundliche Mobilität sicherstellt. Außerdem braucht es mehr Personal zur Abwicklung von UVP-Verfahren, um die Bearbeitungszeit und die Qualität der Prüfung zu verbessern.

Ressourcen- und Energieverbrauch

Mit jeder Verkehrsinfrastruktur, jedem Verkehrsmittel und jedem Weg ist ein mehr oder weniger großer Ressourcenverbrauch und Energieaufwand verknüpft, der bei aktiver Mobilität am geringsten und beim Flugverkehr exorbitant ist. Durchschnittlich 50m²/Person fürs Wohnen¹¹ steht vielerorts ein weitaus höherer Flächenbedarf für den Verkehr¹² gegenüber, sogar einzelne Parkplätze sind größer als viele Kinderzimmer¹³. Radfahrende legen bei gleichem Energiebedarf im Vergleich zum durchschnittlichen Verbrenner eine ca. 20-mal höhere Distanz zurück und kommen auch gegenüber dem Elektroauto auf eine etwa 5-fach höhere Reichweite¹⁴.

Frage 7: Welchen Beitrag werden Sie leisten, um den Menschen eine ressourcen- und energieschonende Mobilität zu ermöglichen?

Hier schlagen wir unter anderem folgende Maßnahmen vor:

- Schaffung von überdachten, beleuchteten Radabstellanlagen, Servicestationen bei öffentlichen Gebäuden, Bahnhöfen, Schulen, Geschäften, ...
- Beleuchtung von Schulwegen, Wegen zu den Öffis,... überprüfen und verbessern
- Stadt- und Ortsgebiete für Fußgänger*innen attraktiver gestalten (Bäume, Pflanzen, Sitzgelegenheiten, ...), sodass sich die Menschen gerne darin aufhalten
- Informationsoffensive Richtung Entscheidungsträger:innen und Bevölkerung

⁹ <https://www.verkehrswende.at/2023/04/20/wachtelkoenigs-erkenntnis/>

¹⁰ https://austria.representation.ec.europa.eu/news/europaische-kommission-fordert-osterreich-zur-einhaltung-von-eu-umweltrecht-auf-2024-04-24_de

¹¹ gemäß Auswertung von <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/wohnen/wohnsituation>

¹² <https://vcoe.at/presse/presseaussendungen/detail/vcoe-beim-flaechenverbrauch-des-verkehrs-grosse-unterschiede-zwischen-den-landeshauptstaedten-und-auch-zwischen-den-bezirken>

¹³ <https://www.klimaaktiv.at/bildung/klimadialog/infografiken/parkplatzkinderzimmer.html>

¹⁴ <https://www.verkehrswende.at/effizienzwunder/>

- Förderung (strukturell und finanziell) überregionaler Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden
- Überarbeitung der StVO zur Förderung des Radfahrens und Zufußgehens

Aus Liebe zum Leben

Lebensgrundlagen zu schützen geht uns alle an. Es braucht vielfältiges Engagement von Menschen, die auch gegen den Widerstand verschiedener Lobbys Maßnahmen durchsetzen, um auch kommenden Generationen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen. Egoistische und Partikularinteressen müssen allseits hintangestellt werden, um die Krisen unserer Zeit zu bewältigen.

Frage 8: (Weshalb) können sich Ihre Wählerinnen und Wähler am 29. September 2024 bei Ihnen und Ihrer Partei darauf verlassen, dass der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen oberste Priorität hat und nicht noch mehr Verkehr?

Die KPÖ stellt als einzige kandidierende Partei die vorherrschende Profitlogik in Frage. Wenn stattdessen der Mensch in den Mittelpunkt der Politik gerückt wird, steht natürlich auch der Schutz unserer Lebensgrundlagen im Mittelpunkt.

Partei

Kommunistische Partei Österreichs, KPÖ

Name und Zuständigkeit der Verfasserin / des Verfassers der Antworten

Max Veulliet

Die Fragen wurden durch bzw. im Einvernehmen mit unserer Spitzenkandidatin / unserem Spitzenkandidaten

Tobias Schweiger

beantwortet.